Wolfgang Schroeder
Arijana Neumann *Hrsg.*

Politik und Regieren in Hessen

Springer VS

Politik und Regieren in Hessen

Wolfgang Schroeder • Arijana Neumann (Hrsg.)

Politik und Regieren in Hessen

Springer VS

Herausgeber
Wolfgang Schroeder
Arijana Neumann

Universität Kassel, Deutschland

ISBN 978-3-531-17302-3 ISBN 978-3-531-93321-4 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-531-93321-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Springer VS
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften. Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Jan Treibel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
(www.springer.com)

Inhalt

Politische Herausforderungen in Hessen 1
Wolfgang Schroeder und Arijana Neumann

Teil I Kernbereiche des hessischen Regierungssystems

Hessische Landesverfassung und Staatsgerichtshof 11
Ute Sacksofsky

Hessischer Landtag 37
Theo Schiller

Hessische Landesregierung 65
Sven Leunig

Hessens Ministerpräsidenten 83
Stephan Klecha und Bettina Munimus

Verwaltung in Hessen 109
Hubert Kleinert

Teil II Hessen im Mehrebenensystem

Kommunen und kommunale Spitzenverbände in Hessen 133
Lena Nothacker und Oliver D'Antonio

Hessen im deutschen Föderalismus und in der EU 157
Volker Best

Teil III Intermediäre Organisationen in Hessen

Organisierte Interessen in Hessen 181
Wolfgang Schroeder und Sebastian Geiger

Politische Medienlandschaft in Hessen 207
Sascha Kristin Futh

Parteiensystem und Wählermilieus in Hessen 229
Arijana Neumann

Teil IV Hessens politische Prägungen

Rotes Hessen 251
Walter Mühlhausen

Schwarzes Hessen 271
Pitt von Bebenburg

Hessische Bildungspolitik 287
Imke Friedrich und Wilfried Rudloff

Konflikte um Großprojekte 313
Konrad Schacht

Anhang

Daten und Fakten zum politischen System Hessens 339
Benedikt Schreiter und Sebastian Geiger

Autorenverzeichnis 385

Danksagung 389

Politische Herausforderungen in Hessen

Wolfgang Schroeder und Arijana Neumann

„Hessen vorn!“ „An Hessen kommt keiner vorbei!“ So warben und werben die beiden Volksparteien für ihr Bundesland. Tatsächlich nimmt Hessen immer wieder eine wichtige Rolle im Föderalismus ein, der eines der Wesensmerkmale der staatlichen Verfasstheit der Bundesrepublik ist, indem er ein Gegengewicht zum Zentralstaat bildet und die regionale Vielfalt des Landes verbürgt. Hessen ist mit seinen sechs Millionen Einwohnern das fünftgrößte deutsche Bundesland. Durch seine Zentrallage ist es das Bindeglied zwischen den süd- und norddeutschen Bundesländern, zugespitzt könnte man sagen: Hessen verbindet Alpen und Nordsee. Doch seine bundespolitische Bedeutung geht weit darüber hinaus, denn es ist eines der wirtschaftlich erfolgreichsten deutschen Länder. In Hessen liegt mit Frankfurt am Main eines der europäischen Finanzmarktzentren und einer der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte Europas. Zugleich ist Hessen schon immer durch vielfältige – das Bundesland strukturierende – ökonomische und kulturelle Disparitäten herausgefordert: Dem finanzstarken Süden steht ein in der Vergangenheit eher strukturschwacher Norden gegenüber. Einerseits prägen Provinzialität und eine Vielzahl kleiner und mittelgroßer Kommunen das Land. In nur vier Städten leben mehr als 100.000 Einwohner. Andererseits steht dem die Rhein-Main-Region als eines der am dichtesten besiedelten Ballungszentren der Republik gegenüber, die mit Frankfurt das ökonomische und kulturelle Zentrum und mit der Landeshauptstadt Wiesbaden das politische Zentrum Hessens umfasst.

Doch wer regiert Hessen und wie wird in Hessen regiert? Was sind die zentralen Institutionen, Akteure und Strukturen, die die konkrete Politik in diesem einflussreichen Bundesland prägen? So wie die Bundesrepublik Deutschland ein eigenes politisches System besitzt, gibt es auch ein spezifisches politisches System in Hessen. Dieses wird nicht zuletzt durch die Akteure und Institutionen geprägt, die in diesem Bundesland Politik

W. Schroeder, A. Neumann (Hrsg.), *Politik und Regieren in Hessen,*
DOI 10.1007/978-3-531-93321-4_1, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

verantworten. Es geht in diesem Buch also sowohl um die Funktionslogik wie auch um die prägenden Besonderheiten des politischen Systems in Hessen.

Regiert wird heute in Mehrebenensystemen, die von der Europäischen Union bis in die Städte und Gemeinden reichen. Welche Interessen und Präferenzen ein Bundesland hat und wie diese umgesetzt werden, hängt in starkem Maße davon ab, wie diese auf den übergeordneten Strukturebenen innerhalb unseres Verbundföderalismus‘ platziert werden. Dabei kommen dem Bundesrat wie auch der Europäischen Union wichtige Rollen zu. Durch den Bundesrat wirken die Länder schon immer an der Politik des Zentralstaates mit; in Richtung Europa bestehen vergleichbare Ambitionen. Auf jeden Fall benötigt sowohl der nationale Zentralstaat wie auch die Europäische Union die Ebene der Länder, um die selbst verantworteten Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Programme administrieren und kontextuell gestalten zu können. Somit wird durch die Ebene des politischen Systems eines Bundeslandes nicht nur der Lebensalltag der Menschen beeinflusst, sondern auch die Handlungsfähigkeit der übergeordneten Strukturen von Zentralstaat und Europäischer Union.

Um Politik und Regieren in einem Bundesland zu verstehen, sind nicht nur die verschiedenen Entscheidungsebenen zu berücksichtigen, sondern auch situative Rahmenbedingungen und Akteure, die nicht zum politischen System im engeren Sinne (Parlament, Regierung etc.) zählen. Gemeint sind dabei insbesondere die Medien, die vielfältigen Interessenorganisationen und strukturbestimmende Unternehmen. In diesem Sinne sind politische Systeme nicht allein durch den Funktionskontext von Legislative, Exekutive und Judikative zu erfassen. Was sind nun die maßgeblichen Institutionen, Akteure, Prozesse und Rahmenbedingungen, die Politik und Regieren im fünftgrößten Bundesland strukturieren und verantworten? Worin bestehen die allgemeinen Strukturen des politischen Systems Hessens, die in ähnlicher Weise allen Bundesländern zugrunde liegen, und was sind die Spezifika, die als besondere Bedingungen dem Land Hessen sein Profil geben? Um die Herausforderungen und Handlungskorridore der politischen Institutionen und Akteure zu verstehen, ist ein Verständnis der zentralen Interessen und Anforderungen, die die Landespolitik strukturieren, vonnöten. Diese wiederum sind eingebunden in historische Traditionsbestände, sozioökonomische Zusammenhänge, normative und kulturelle Kontexte sowie in gegenwärtige Rahmenbedingungen. Es geht also darum, ein Bild von der historisch gewachsenen Dimension des politischen Systems Hessens zu zeichnen, um damit Regieren in diesem Bundesland, mithin aber auch Regieren im föderalen Bundesstaat selbst besser zu verstehen und zu erklären. Im Konzert der deutschen Bundesländer zeichnet sich Hessen durch mehrere markante Eckpunkte aus:

1. Die ökonomische Stärke: Hessen besticht durch seine Mittellage in Deutschland und Europa, die durch die Wiedervereinigung gestärkt wurde. Seit vielen Jahrzehnten ist es eines der wirtschaftlich erfolgreichsten und dynamischsten Bundesländer und zählt seit der Gründung der Bundesrepublik gemeinsam mit Baden-Württemberg durchgängig zu den Geberländern im Länderfinanzausgleich. Dies ist auch das Ergebnis langfristig bedeutender wirtschaftspolitischer Entscheidungen: Dazu zählen insbesondere die

Konzentration der bundesdeutschen Finanzwirtschaft, die Wahl Frankfurts als Standort der Europäischen Zentralbank, die Bedeutung des internationalen Messeplatzes, die verkehrspolitisch zentrale Rolle des Frankfurter Flughafens sowie wichtige industrielle Ansiedlungen im Fahrzeugbau, der chemischen Industrie, im Maschinenbau wie auch in der Elektrotechnik. Durch diese Weichenstellungen ist Hessen zu einem deutschen und europäischen Wirtschafts- und Infrastrukturzentrum geworden. Mit der Wiedervereinigung hat sich Hessen zudem beim Aufbau von Verwaltungs-, Partei- und Verbandsstrukturen im Freistaat Thüringen verdient gemacht. Heute haben Hessen und Thüringen eine Reihe gemeinsamer, länderübergreifender Einrichtungen wie die Landesbank und den gemeinsamen Bezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie einiger Einzelgewerkschaften.

2. Die regionalen Disparitäten: Auch wenn Hessen bereits über viele Jahrzehnte hinweg eines der ökonomisch erfolgreichsten Flächenländer in Deutschland ist, so kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass in diesem Bundesland erhebliche regionale Disparitäten bestehen, die seit seiner Gründung eine der zentralen Herausforderungen für jede hessische Regierung darstellen. Schon die Hessenpläne in den 1950er und 1960er Jahren wurden mit dem Ziel geschaffen, diese Disparitäten einzuebnen. Dies hat dazu beigetragen, dass nicht nur in der Provinz, sondern auch im nordhessischen Zentrum Kassel die Grundlagen für eine durchaus dynamische wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung gelegt wurden. Wichtige Eckpunkte waren die Ansiedlung des VW-Werkes in Baunatal (1958), die Einrichtung einer Universität in Kassel (1971) sowie nach der Wende die Anbindung Nordhessens an das ICE-System (1991) und der Aufbau eines Logistikclusters sowie die Ansiedelung wichtiger Innovatoren in der Energiewirtschaft. Allgemein betrachtet steht aber der ökonomisch starke Süden, vor allem die Rhein-Main-Region, den wirtschaftlich und infrastrukturell schwächeren Regionen in Mittel- und Nordhessen gegenüber. Während 65 Prozent der gesamten hessischen Fläche zu Mittel- und Nordhessen zählen, leben dort nur 38 Prozent der Bevölkerung und 34 Prozent der Erwerbstätigen. Auf Mittel- und Nordhessen entfallen nur 30 Prozent des hessischen BIP; dagegen gehen 70 Prozent des BIPs auf das Konto von Südhessen. Seit einiger Zeit ist jedoch eine nachholende Entwicklung in Mittel- und Nordhessen zu beobachten, die sich weniger durch eine Angleichung an die Kennziffern des Rhein-Main-Gebietes auszeichnet, als vielmehr durch einen Aufholprozess gegenüber anderen ländlichen Regionen der Republik.
3. Die Rhein-Main-Region als überregionales Kraftzentrum: Unter den fünf hessischen kreisfreien Städten (Darmstadt, Frankfurt, Kassel, Offenbach, Wiesbaden) ragt Frankfurt als weitaus größte, einflussreichste und dynamischste Stadt des Landes heraus. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht nur Wirtschaftsmetropole (gemessen am durchschnittlichen Einkommen und BIP pro Kopf) und Bankenstadt, sondern auch immer noch ein wichtiger Industriestandort ist. Durch die EZB und den Flughafen hat sie eine europäische Bedeutung. Politisch erfolgten richtungsweisende Veränderungen zuerst in Frankfurt. Die 68er-Bewegung hatte hier eines ihrer bundesdeutschen Zentren. Die 1977 erfolgte Wahl des CDU-Bürgermeisters Walter Wallmann stellte

den Beginn des Niedergangs der hessischen SPD als abonnierte Regierungspartei dar. Und die heute das Land regierende schwarz-grüne Koalition hat seit 2006 ebenfalls eine kommunale Vorreiterin in der Main-Metropole. Als Stadt der Studentenbewegung und mit der Gründung der ersten bundesdeutschen Bürgerinitiative war Frankfurt über viele Jahre der politische Trendsetter beim Umbau des bundesdeutschen politischen Systems. Zudem artikulierten sich in dieser Stadt früher und intensiver als in anderen Regionen der Republik bundesweite Protestwellen, die vom Kampf gegen die „Unwirtlichkeit der Städte" (Alexander Mitscherlich) aufgrund von Wirtschaftsexpansion und Infrastrukturprojekten bis hin zu Aktivitäten gegen das deutsche und europäische Finanzmarktsystem reichten.

4. Die älteste Verfassung im Nachkriegsdeutschland: Die Gründung des Landes Hessen ist der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland vorgelagert. Bereits am 19. September 1945 proklamierte der damaligen Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Dwight D. Eisenhower, die Gründung Hessens. Die hessische Landesverfassung, am 1. Dezember 1946 durch Volksabstimmung angenommen, war die erste deutsche Verfassung nach dem Krieg. Drei Jahre bevor die Bundesrepublik gegründet wurde, die mit dem Grundgesetz einen verfassungspolitischen Rahmen erhielt, wurde dieser Schritt in Hessen bereits getan, womit auch die spätere Struktur des Grundgesetzes mitgeprägt wurde. Insofern war es 1949 auch nicht abwegig, davon auszugehen, dass die zukünftige Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland Frankfurt am Main sein würde.
5. Hessische Identität und politische Kultur: Auch wenn Hessen kein reines Kunstland wie Nordrhein-Westfalen ist, existiert zwischen Kassel und der Bergstraße keine kulturell homogene Landschaft, die von einer gemeinsamen Identität oder Mentalität lebt. Vielmehr hat sich erst über die Jahre zwischen den Regionen einiges Verbindendes hergestellt, an dem die Politik direkt mitgewirkt hat, beispielsweise durch Feste wie die Hessentage (seit 1961) und andere Initiativen, aber auch durch die öffentlich-rechtlichen Medien, allen voran den Hessischen Rundfunk. Ministerpräsident Georg August Zinn gab seinerzeit das Credo aus „Hesse ist, wer Hesse sein will" und setzte auf Identitätsstiftung über Infrastrukturpolitik. Integrationsleistungen waren jedoch nicht nur zwischen den verschiedenen Regionen und Teilkulturen zu erbringen, sondern auch hinsichtlich der hohen Anzahl von Heimatvertriebenen, die nach dem Zweiten Weltkrieg ohne größere gesellschaftliche und ökonomische Konflikte integriert werden konnten. Heute ist diese Integrationskraft erneut gefragt, denn Hessen besitzt einen hohen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern sowie Migrantinnen und Migranten, der in der Stadt Offenfach/Main sogar den höchsten bundesweiten Wert in einer deutschen Großstadt aufweist.
6. Hessen als Bundesland des offenen politischen Konfliktes und der temporären Polarisierung: Hessen ist an harte politische Auseinandersetzungen gewöhnt. Nicht selten wurden zentrale Konflikte in diesem Bundesland quasi „stellvertretend" für die ganze Republik ausgetragen. Anders als beispielsweise im Nachbarland Niedersachsen ist man in Hessen nicht auf den politischen Ausgleich und einen mäßigenden Tonfall in

der politischen Auseinandersetzung bedacht, sondern pflegt eher den harten Schlagabtausch. Insbesondere in den Auseinandersetzungen der 1960er und 1970er Jahre kam es zur Herausbildung zweier politisch konkurrierender Lager, die sich vor allem in der Schulpolitik leidenschaftlich aneinander abarbeiteten. Die Lager standen sich seit der Wende der FDP in Bonn und dem Einzug der Grünen in den hessischen Landtag von Beginn der 1980er Jahre bis zu schwarz-grün dreißig Jahre lang konfrontativ gegenüber. Hinzu kommt, dass die Auseinandersetzungen im Frankfurter Häuserkampf und in der Anti-Atom-, Anti-Flughafen- und Umweltbewegung sowie eine Vielzahl von Bürgerinitiativen gegen Infrastrukturprojekte bereits früh die Herausbildung von Spaltungslinien aufzeigten, die nicht entlang etablierter Parteikonstellationen erfolgten, sondern die zivilgesellschaftliche Akteure in einen Gegensatz zur staatlichen Politik, gleich welcher parteipolitischen Färbung, setzten.

7. Hessen als bundespolitischer Trendsetter: Politik in Hessen ist meist spannend; wenn sie auch nicht immer als brüllender Löwe auftritt, so kommt sie doch auf keinen Fall als graue Maus daher. Von 1946 bis 1987, also über 40 Jahre hinweg, regierte die Sozialdemokratie dieses Bundesland, das sinnbildlich als rotes Hessen bezeichnet wurde. Seit 1999 regiert nunmehr die Union. Große Koalitionen passten bislang nicht zum politischen System Hessens. Im Hinblick auf das Verhältnis der beiden großen Volksparteien gab es seit 1949 meist kein Sowohl-als-auch, sondern eher ein Entweder-oder. Zunächst positionierte Ministerpräsident Zinn Hessen als sozialdemokratischen Gegenentwurf zur Adenauerrepublik und später nahm Roland Koch mit seinem christdemokratischen Gegenentwurf zu rot-grün darauf mit umgekehrten Vorzeichen Bezug. Das Motto lautete: entweder die oder wir. Das war zwar auch das Ergebnis scharfer Polarisierungen, wie sie in dieser Form nur in wenigen anderen Bundesländern und Bundestagswahlkämpfen vorkamen. Diese Konfrontation war durch die Parteien jedoch nicht nur frei gewählt, sondern auch das Ergebnis knapper Wahlausgänge, die zu kreativen Lösungen führen mussten. Dies war 1982 mit der ersten rot-grünen Landesregierung der Fall und 2013 mit der ersten schwarz-grünen Landesregierung in einem bundesdeutschen Flächenstaat.
8. Politische Prägung: Das Bundesland Hessen ist in starkem Maße durch die SPD geprägt, die zwischen 1946 und 2013 genau 13 Mal den Ministerpräsidenten stellte. Diese bis 1987 dominante Stellung im Parteienwettbewerb ist auch das Ergebnis geschickter Koalitionsbildungen und vieler politischer Innovationen. Die starke Stellung der SPD verdankt sie aber nicht nur ihrer Regierungsdominanz, sondern auch einem sozialdemokratischen Unterbau in den Kommunen, Landkreisen und Regierungsbezirken sowie einem starken Netzwerk von Vereinen und Verbänden, die viele Jahrzehnte im Umfeld der Partei wirkten. Der Verlust der sozialdemokratischen Hegemonie ist ein Prozess, dessen erste und wesentliche Etappe sich im Kontext eines konfliktträchtigen Umbaus von Gesellschaft und Partei seit den 1960er Jahren bewegte. Letzteres bedeutete, dass sich zwischen dem Ende der 1960er Jahre und der Mitte der 1970er Jahre sowohl inhaltliche wie auch mitgliederbezogene Verschiebungen ergaben (Wachstum der SPD 1965–1975: von 94.547 auf 142.845). Parallel erfolgte der nahezu kometen-

hafte Aufstieg der CDU, die ihre Stimmen innerhalb von zwei Legislaturperioden bei den Wahlen von 1966 bis 1974 von 26,4 auf 47,3 Prozent steigerte. Damit erreichte sie schon 1974 erstmals ein besseres Landtagswahlergebnis als die SPD. Doch es dauerte bis zum Jahr 1987, bis die CDU erstmals den Ministerpräsidenten stellen konnte, was ihr seither in sechs Legislaturperioden gelang. Seit 1999 gehört der Ministerpräsident ununterbrochen der CDU an. Diese neue Vormachtstellung konnte allerdings 2013 nur um den Preis eines schwarz-grünen Bündnisses erhalten werden. Vorausgegangen war die Erprobung auf der kommunalen Ebene, vor allem in Frankfurt. Es spricht einiges dafür, dass mit schwarz-grün nach einer langen Phase der Polarisierung und der parteipolitischen Lagerbildung der Parteienwettbewerb in Hessen offener wird. Die SPD ist heute in Hessen deutlich schwächer, als es die CDU zu ihren Oppositionszeiten in den 1970 Jahren war. Derzeit regiert die SPD in 14 von 16 Bundesländern mit, nur in Hessen und Bayern nicht.

Dieser Band kann an einen üppigen Schatz wissenschaftlicher Literatur zur Geschichte, Kultur, zum Parteien-, Verfassungs- und politischen System Hessens anknüpfen. Insbesondere die Landeszentrale für politische Bildung hat sich in den Jahren 1993 bis 2003 durch eine Reihe zu den Grundlagen des politischen Systems des Landes Hessen verdient gemacht und einen Grundstein gelegt, auf dem dieser Band aufbaut. Ein besonderes Interesse haben die hessischen Parteien und das Parteiensystem auf sich gezogen. So liegen neben einigen Monografien und Aufsätzen auch Sammelbände zu den hessischen Parteien und dem Parteiensystem vor sowie zahlreiche Beiträge zu den einzelnen Parteien. Die hessischen Landtagswahlkämpfe werden durch regelmäßige Beiträge in der Zeitschrift für Parlamentsfragen und in den Analysen der Konrad-Adenauer-Stiftung dokumentiert.

Der vorliegende Band ist in vier Bereiche strukturiert: Der erste Teil umfasst das politische System im engeren Sinne mit Beiträgen über die Landesverfassung, den Landtag, die Landesregierung, die Ministerpräsidenten und die Verwaltung. Im zweiten Teil werden die Akteure (Kommunen) sowie Herausforderungen des Landes im Mehrebenensystem betrachtet. Der dritte Teil befasst sich mit den organisierten Interessen, der Medienlandschaft und den Parteien, also den zentralen Akteuren, die das politische System mit den landestypischen Charakteristika geprägt haben. Teil vier setzt sich mit prägenden Phasen und Konflikten im politischen System auseinander. Dazu zählt das rote wie auch das schwarze Hessen sowie die zentralen Konflikte um Bildungspolitik und infrastrukturelle Großprojekte, die Politik und Regieren im Land Hessen auch über die Landesgrenzen zu einer Marke haben werden lassen.

Wichtige Literatur zu Politik und Regieren in Hessen

Berg-Schlosser, D., Fack, A., & Noetzel, T. (Hrsg.) 1994. *Parteien und Wahlen in Hessen 1946–1994*. Marburg: Schüren.

Felder, Z. 2014. *Bündnis 90/Die Grünen in Hessen: Entstehung und Entwicklung bis zur Landtagswahl 2009*. Frankfurt a. M.: Historische Kommission für Nassau.

Galonska, A. 1999. *Landesparteiensystem im Föderalismus: Rheinland-Pfalz und Hessen 1945–1996*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 1999.

Heidenreich, B. (Hrsg.) 1995. *Der Weg zur stärksten Partei: 1945–1995: 50 Jahre CDU Hessen*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Heidenreich, B., & Schacht, K. (Hrsg.) 1995. *Hessen: Gesellschaft und Politik*. Stuttgart et al: Kohlhammer.

Heidenreich, B., & Schacht, K. (Hrsg.) 1996. *Hessen: Wahlen und Politik*. Stuttgart et al.: Kohlhammer.

Heidenreich, B., & Böhme, K. (Hrsg.) 1997. *Hessen: Verfassung und Politik*. Stuttgart et al.: Kohlhammer.

Heidenreich, B., & Böhme, K. (Hrsg.) 2000. *Hessen: Geschichte und Politik*. Stuttgart et al.: Kohlhammer.

Heidenreich, B., & Böhme, K. (Hrsg.) 2003. *Hessen: Land und Politik*. Stuttgart et al.: Kohlhammer.

Mielke, S., & Reutter, W. (Hrsg.) 2004. *Länderparlamentarismus in Deutschland: Geschichte, Struktur, Funktionen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wedel, M. 2012. *Die hessische SPD 1950–1959: eine Volkspartei im Werden*. Wiesbaden: Historische Kommission für Nassau.

Neitzke, M. 2010. *Die CDU Hessen 1950–1967: Politikentwicklung und Organisationsstrukturen*. Wiesbaden: Historische Kommission für Nassau.

Neumann, A. 2012. *Die CDU auf Landesebene: Politische Strategien im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schroeder, W. (Hrsg.) 2008. *Parteien und Parteiensystem in Hessen: Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schroeder, W., & Neumann, A. 2014. Vom Roten zum schwarzen Hessen. In: Reinhardt, M., Stache, S., & Meise, S. (Hrsg.), *Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine linke Politik jenseits der Neuen Mitte* (S. 81-112). Berlin & Münster: Lit.Verlag.

Wilhelmi, B. 1992. *Rechtsextreme Parteien in Hessen zwischen 1945–1964*. Berlin & Münster: Lit.

Wunder, E. 2000. *Hessen im Bundesrat: zum föderalistischen Selbstverständnis der hessischen Landesregierung 1949–1955*. Wiesbaden: Historische Kommission für Nassau.

Teil I

Kernbereiche des hessischen Regierungssystems